



HESSISCHER LANDTAG

14. 07. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

„Antisemita“ – Konsequenzen aus documenta fifteen-Skandal müssen unmittelbar gezogen werden – Neustart für nächste documenta muss skandalfrei möglich sein

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die, auf der documenta fifteen gezeigte, antisemitische Propaganda einiger Künstler nicht nur eine untragbare Zumutung für alle Juden, sondern für alle Vertreter und Anhänger der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Hessen, Deutschland und der Welt ist.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine genaue Prüfung und ein Eingreifen vor der Eröffnung den Skandal und die damit verbundene Schädigung des Ansehens der documenta fifteen verhindern hätte können.
3. Der Landtag stellt fest, dass sowohl das Ministerium für Wissenschaft und Kunst als auch die gesamte Landesregierung beim Thema „Antisemitismus“ alle Warnungen ignoriert haben und dadurch an dem Skandal und der damit verbundenen Schädigung des Ansehens der documenta fifteen eine Mitschuld tragen.
4. Der Landtag stellt fest, dass antisemitisch aufgeladene Motive wie die Karikatur von Taring Padi absolut inakzeptabel sind.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Verantwortung für die Ausstellung antisemitischer Werke auf der documenta fifteen nicht in postkolonialistischen Traditionen o.ä. zu suchen sind.
6. Der Landtag stellt fest, dass Kunst und Kultur immer mehr zum Instrument für politischen Aktivismus und Aktionismus wird und sich immer wieder vom zugrundeliegenden Gedanken des schöpferischen Gestaltens entfernt.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Generaldirektorin der documenta fifteen ihren Rücktritt erklärt.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die finanzielle Förderung der documenta fifteen mit sofortiger Wirkung zu beenden.
9. Der Landtag stellt fest, dass künftige documenta-Ausstellungen keinesfalls als Bühne für die Zurschaustellung von Antisemitismus dienen dürfen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich öffentlich dafür zu entschuldigen, dass diese auf erhebliche Warnungen und Kritik im Vorfeld der Eröffnung, insbesondere durch den Zentralrat der Juden, nicht reagiert hat.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine unabhängige, externe Untersuchungskommission einzusetzen, deren Aufgabe es sein soll, Fehlplanungen, Fehlprozesse sowie Fehlentscheidungen und dafür verantwortliche Personen zu benennen.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, durch den Antisemitismusbeauftragten der Hessischen Landesregierung einen Bericht vorzulegen, der das Ausmaß, die Folgen und Tragweite des Skandals bewertet.
13. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass, gemäß Bundestagsbeschluss „BDS-Bewegung entschlossen entgegnet – Antisemitismus bekämpfen (Drucksache 19/10191) keine weiteren Projekte gefördert werden, die die BDS-Bewegung

unterstützen, zum Boykott Israels aufrufen oder Antisemitismus verbreiten, rechtfertigen oder unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 14. Juli 2022

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe